



2014

Statistik Kommunal

Ingoldingen



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

426 062

Impressum

Statistik Kommunal 2014

Artikel-Nr. 8035 14001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
11,00 Euro zuzüglich Versandkosten

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2015

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme / Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Autoren
Dr. Bernhard Hochstetter, Sabine Maurer,
Martin Winter

Redaktion
Katrin Böttinger

Technische Leitung
Wolfgang Krentz

DTP/Grafik
Wolfgang Krentz, Simela Exadakilou



2014

Statistik Kommunal

Ingoldingen

Einführung und Inhalt

Die sechste Auflage von „Statistik Kommunal“ hat nicht nur ein neues Gewand, sondern ist auch inhaltlich um interessante Themen erweitert. So finden Sie nun auch Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnung, der Gemeinderatswahlen und Daten zur Bautätigkeit. Einige Themen wurden zudem um thematische Karten ergänzt.

Die Broschüren, die für jede der 1 101 Gemeinden im Land verfügbar sind, bieten einen Überblick über wichtige statistisch auf Gemeindeebene beschreibbare Lebensbereiche. Die Kenngrößen der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen zum jeweils aktuellsten Stand dargestellt. Soweit Daten verfügbar sind, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre präsentiert. Jedes Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse helfen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystems Baden-Württemberg verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere kommunale Daten sind auch auf der Homepage des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (www.statistik-bw.de) unter „Regionaldaten“ sowie im „Demografie-Spiegel“ abrufbar.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche.....	7
Bevölkerung	8
Bevölkerungsvorausrechnung	10
Parlamentswahlen	12
Gemeinderatswahlen	13
Bauen	14
Wohnen	15
Bildung	16
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	18
Landwirtschaft	19
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	20
Wasserwirtschaft	21
Verkehr	22
Fußnoten	24
Erläuterungen und Definitionen.....	25

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2013	ha	4 424
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2013	Anzahl	2 741
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2013	Anzahl	+ 5
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2013	Anzahl	- 26
Bevölkerungszu-/abnahme 2013	Anzahl	- 21
Wohnen		
Wohngebäude 2013	Anzahl	878
Wohnungen 2013 ¹⁾	Anzahl	1 194
Bildung²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2013/2014	Anzahl	105
Schüler an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2013/2014 ³⁾	Anzahl	105
Schüler an Realschulen 2013/2014	Anzahl	-
Schüler an Gymnasien 2013/2014	Anzahl	-
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2013/2014	Anzahl	.
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2013	Anzahl	421
Pendlersaldo 2013	Anzahl	- 723
Arbeitslose insgesamt 2013	Anzahl	38
Arbeitslose Frauen 2013	Anzahl	22
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2010	Anzahl	65
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010	ha	2 572
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2013	Anzahl	1
Schlafgelegenheiten insgesamt 2013	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2013	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2013	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2013	Anzahl	.
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2013	1 000 EUR	1 720
Steuerkraftsumme 2013	1 000 EUR	2 436
Schuldenstand 2013	1 000 EUR	-
Gewerbesteuerhebesatz 2013	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2013	Anzahl	2 535
Straßenverkehrsunfälle 2013 ⁴⁾	Anzahl	15
Verunglückte Personen 2013	Anzahl	18

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2013	%	8	12	14
Waldfläche 2013	%	27	29	38
Landwirtschaftsfläche 2013	%	63	58	46
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2013	Einw/km ²	62	134	298
Ausländeranteil 2013	%	2	6	12
Durchschnittsalter 2013	Jahre	41,2	42,2	43,2
Durchschnittsalter 2030	Jahre	45,8	46,1	45,7
Bundestagswahl 2013				
Wahlbeteiligung	%	81,2	74,4	74,3
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	64,5	56,4	45,7
SPD	%	12,9	15,0	20,6
FDP	%	4,0	4,9	6,2
GRÜNE	%	6,9	8,9	11,0
DIE LINKE	%	2,6	3,3	4,8
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2013	%	78	73	61
Wohnfläche je Einwohner 2013	m ²	53	50	46
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2013/2014	%	.	11	12
Übergänge auf Realschulen 2013/2014	%	.	41	36
Übergänge auf Gymnasien 2013/2014	%	.	36	45
Beschäftigung und Arbeitsmarkt⁵⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2013	%	60	56	37
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2013	%	16	15	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2013	%	23	29	43
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2013	%	.	39	36
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2013	Tage	9,9	3,2	2,6
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen je Einwohner 2013 ⁶⁾	EUR	730	1 302	1 191
Schuldenstand je Einwohner 2013	EUR	–	559	987
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2010	Liter/Tag	130	113	115
Trinkwasserpreis 2013	EUR/m ³	0,98	1,52	2,01
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2013	Anzahl	628	600	567

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohner
EUR	–	Euro
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
LF	–	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

- 0 Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

Die Fläche des Landes Baden-Württemberg umfasst 3,575 Mill. Hektar (ha). Die Durchschnittsgröße der 1 101 Gemeinden des Landes liegt bei 3 241 ha.

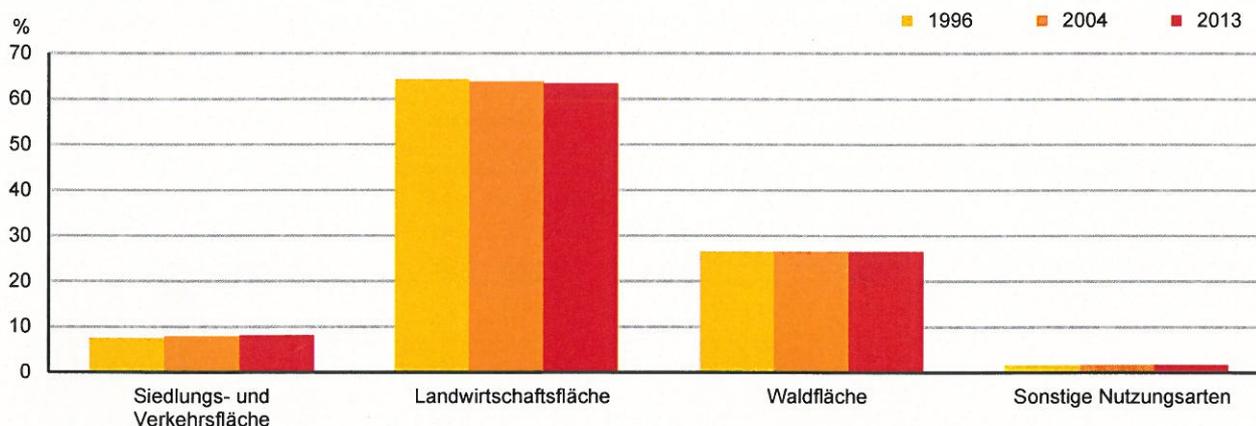
Zum Stand August 2014 bezifferte sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) in Baden-Württemberg auf 512 944 ha. Dies entspricht einem Anteil von 14,3 % an der Landesfläche. Vor 10 Jahren lag dieser Wert noch bei 13,2 %. Die SuV umfasst in erheblichem Umfang auch Grün- und Freiflächen. Nach Schätzung des Statistischen Landesamtes ist knapp die Hälfte der SuV bzw. 6,6 % der Landesfläche tatsächlich versiegelt. In Gemeinden mit weniger als 3 500 Einwohnern entfallen durchschnittlich weniger als 10 % der Bodenfläche auf die SuV. In Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern beansprucht die SuV rund ein Viertel der gesamten Bodenfläche, in den neun Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sogar über 41 %.

Die Flächen nach Art der tatsächlichen Nutzung werden 2013 erstmals auf Basis des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) dargestellt. Die Umstellung auf ALKIS erfolgte zu unterschiedlichen Bezugszeitpunkten, schwerpunktmäßig jedoch im August 2014. Erst zum Stichtag 31.12.2014 liegen wieder voll mit den Vorjahren vergleichbare Zahlen vor.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2004		2013 ¹⁾		2013 ¹⁾	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	4 424	100,0	4 424	100,0	3 575 132	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	351	7,9	364	8,2	512 944	14,3
davon						
Gebäude- und Freifläche	147	3,3	159	3,6	276 608	7,7
Betriebsfläche ohne Abbauland	4	0,1	4	0,1	4 440	0,1
Erholungsfläche	7	0,2	7	0,2	31 258	0,9
Verkehrsfläche	193	4,4	194	4,4	196 932	5,5
Friedhof	1	-	1	-	3 708	0,1

Flächennutzung



Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist im Jahr 2013 um 62 200 Personen auf rund 10,63 Mill. Einwohner angestiegen. Damit fiel der Bevölkerungszuwachs im vergangenen Jahr so stark aus wie seit dem Jahr 2001 nicht mehr. 2012 lag der Anstieg der Einwohnerzahl im Südwesten noch bei 54 600 Personen, in den Jahren 2008 und 2009 war sie sogar rückläufig. Die positive Bevölkerungsentwicklung im Land ist auf eine hohe Zuwanderung zurückzuführen: Der Wanderungsgewinn lag im vergangenen Jahr bei 71 400 Personen. Damit hat sich das Wanderungsplus das vierte Jahr in Folge erhöht. Begünstigt wurde die dynamische Bevölkerungsentwicklung im vergangenen Jahr auch dadurch, dass das Geburtendefizit von 11 100 Personen im Jahr 2012 auf zuletzt 10 400 leicht zurückgegangen ist.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der unter 20-Jährigen noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der 65-Jährigen und Älteren lag, sind diese Altersgruppen heute etwa gleich stark vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hat heute die Gemeinde Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis), in der 37 % der Einwohner 65 Jahre oder älter sind. Emerkingen, ebenfalls im Alb-Donau-Kreis, ist die Gemeinde mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen – 28 % sind jünger als 20 Jahre. Maßgeblich wird die Altersstruktur der Bevölkerung durch die Geburtenrate und das Wanderungsgeschehen bestimmt.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 650	51	49	46	1990	2 553	50	50	58
1890	1 759	51	49	49	1994	2 621	51	49	59
1900	1 720	51	49	48	1998	2 615	51	49	59
1910	1 778	50	50	50	2002	2 671	51	49	60
1925	1 784	50	50	50	2006	2 633	52	48	60
1933	1 715	50	50	48	2008	2 658	52	48	60
1939	1 589	50	50	44	2009	2 655	52	48	60
1950	1 922	47	53	54	2010	2 630	51	49	59
1961	1 802	50	50	50	2011	2 720	51	49	61
1970	1 926	51	49	54	2012	2 762	51	49	62
1987	2 415	51	49	55	2013	2 741	51	49	62

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)			
	Lebendgeborene	Ge-storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner			
			insgesamt	je 1 000 Einwohner			insgesamt	je 1 000 Einwohner					
											Anzahl		
2005	29	11	+	18	+ 7	125	149	-	24	- 9	-	6	- 2
2006	20	21	-	1	0	115	157	-	42	- 16	-	43	- 16
2007	17	14	+	3	+ 1	149	113	+	36	+ 14	+	39	+ 15
2008	32	22	+	10	+ 4	120	144	-	24	- 9	-	14	- 5
2009	29	23	+	6	+ 2	125	134	-	9	- 3	-	3	- 1
2010	25	20	+	5	+ 2	113	143	-	30	- 11	-	25	- 9
2011	25	20	+	5	+ 2	124	111	+	13	+ 5	+	18	+ 7
2012	19	23	-	4	- 1	136	90	+	46	+ 17	+	42	+ 15
2013	31	26	+	5	+ 2	134	160	-	26	- 9	-	21	- 8

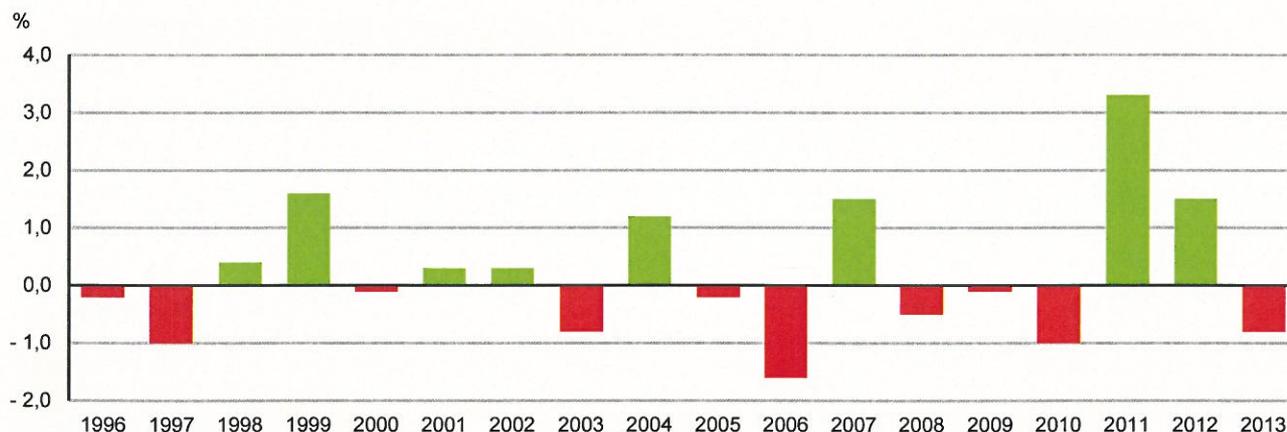
Bevölkerungsstruktur 2013

Alter von ... bis unter ... Jahren ¹⁾	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	74	3	39	3	35	3	3	3	2
3 – 6	96	4	43	3	53	4	3	3	3
6 – 15	243	9	137	10	106	8	9	9	8
15 – 18	104	4	48	3	56	4	3	3	3
18 – 25	264	10	148	11	116	9	8	9	8
25 – 40	511	19	253	18	258	19	19	19	18
40 – 65	1 006	37	517	37	489	37	36	37	36
65 – 75	255	9	140	10	115	9	10	10	10
75 und mehr	188	7	81	6	107	8	10	8	12
Insgesamt²⁾	2 741	100	1 406	100	1 335	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren¹⁾									
	41,2		40,8		41,7		43,2	41,9	44,4

Bevölkerungsstruktur 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	66	2	34	3	32	2	3	3	3
3 – 6	82	3	46	3	36	3	3	3	3
6 – 15	354	13	182	13	172	13	10	11	10
15 – 18	117	4	56	4	61	5	3	4	3
18 – 25	242	9	108	8	134	10	8	8	8
25 – 40	524	20	284	21	240	18	22	23	21
40 – 65	887	33	463	34	424	33	33	34	33
65 – 75	217	8	116	9	101	8	10	9	10
75 und mehr	162	6	62	5	100	8	7	5	10
Insgesamt	2 651	100	1 351	100	1 300	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	38,8		38,4		39,2		40,8	39,4	42,2

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr)**



Bevölkerungsvorausrechnung

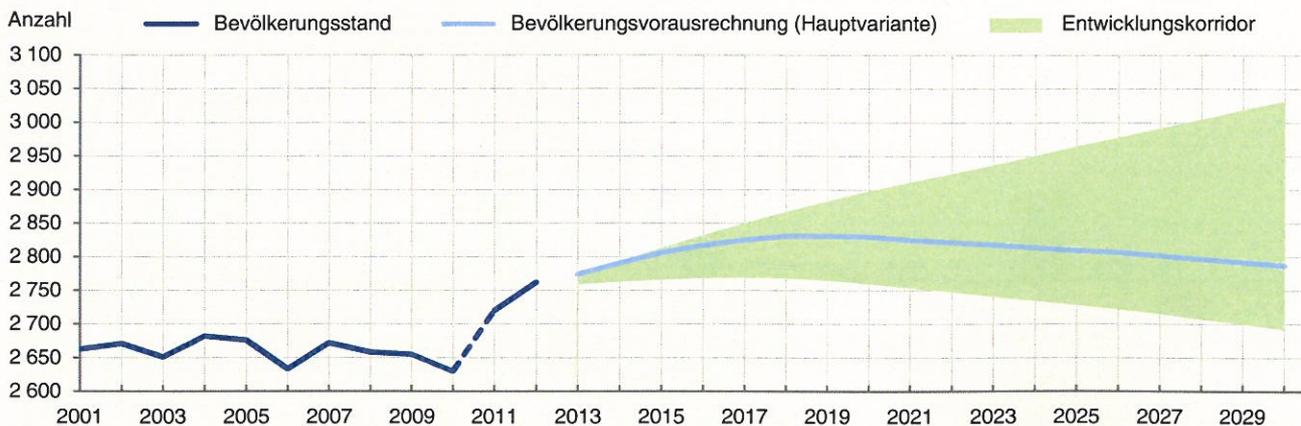
In der Hauptvariante geht die regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung Basis 2012 davon aus, dass die Einwohnerzahl des Landes bis Anfang der 2020er Jahre um 2,7 % auf ca. 10,85 Mill. Einwohner anwachsen wird. Anschließend geht die Zahl der Einwohner voraussichtlich um 0,5 % oder rund 500 000 bis zum Jahr 2030 zurück. Wesentliche Ursache ist der von aktuell 10 000 auf rund 30 000 im Jahr 2030 zunehmenden Sterbefallüberschuss, der vermutlich nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann.

Regional treten zum Teil ganz unterschiedliche Entwicklungen auf. Unter den Gemeinden mit hohem Bevölkerungszuwachs bis 2030 werden eher die größeren Städte zu finden sein. So könnten die Städte Freiburg im Breisgau (+ 8,8 %), Ulm (+ 8,1 %) und Stuttgart (+ 7,8 %) deutlich wachsen. Relativ große Bevölkerungsverluste (teilweise über – 10 %) werden hingegen in kleinen ländlichen Gemeinden häufiger auftreten. Unter den Städten dürfte die Stadt Albstadt im Zollernalbkreis aus heutiger Sicht mit – 6,6 % relativ am stärksten Bevölkerung verlieren. Für die Bestimmung eines wahrscheinlichen Entwicklungskorridors der Gemeinden wurden zusätzlich zur Hauptvariante vier weitere Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zu Wanderungssalden über die Landesgrenzen und der spezifischen Entwicklung der jeweiligen Gemeinde gerechnet. Die Ränder des Entwicklungskorridors geben jeweils das höchste und niedrigste Ergebnis dieser vier Varianten wieder.

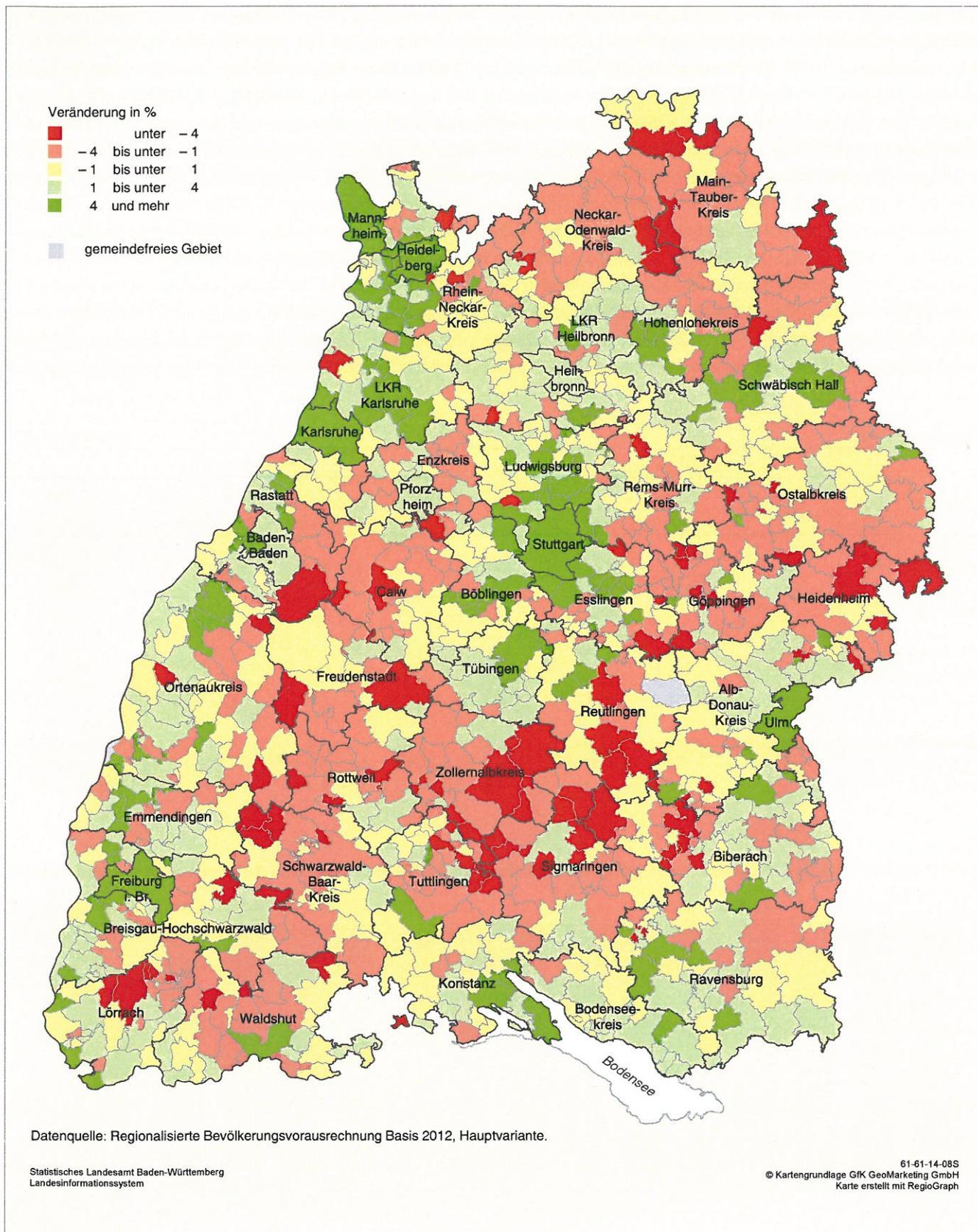
Voraussichtliche Bevölkerungsstruktur 2030*

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				%
unter 3	68	2	35	2	33	2	3	3	2	
3 – 6	74	3	38	3	36	3	3	3	3	
6 – 15	246	9	126	9	120	9	8	8	8	
15 – 18	87	3	45	3	42	3	3	3	3	
18 – 25	196	7	103	7	93	7	7	8	7	
25 – 40	446	16	235	17	211	15	18	19	18	
40 – 65	970	35	502	35	468	34	33	34	33	
65 – 75	368	13	185	13	183	13	13	13	14	
75 und mehr	332	12	154	11	178	13	12	10	14	
Insgesamt	2 787	100	1 423	100	1 364	100	100	100	100	
	Durchschnittsalter in Jahren									
	45,8		45,2		46,4		45,7	44,5	46,9	

Bevölkerungsstand und voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung mit Entwicklungskorridor**)



Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerung in den Gemeinden von 2012 bis 2030



Parlamentswahlen

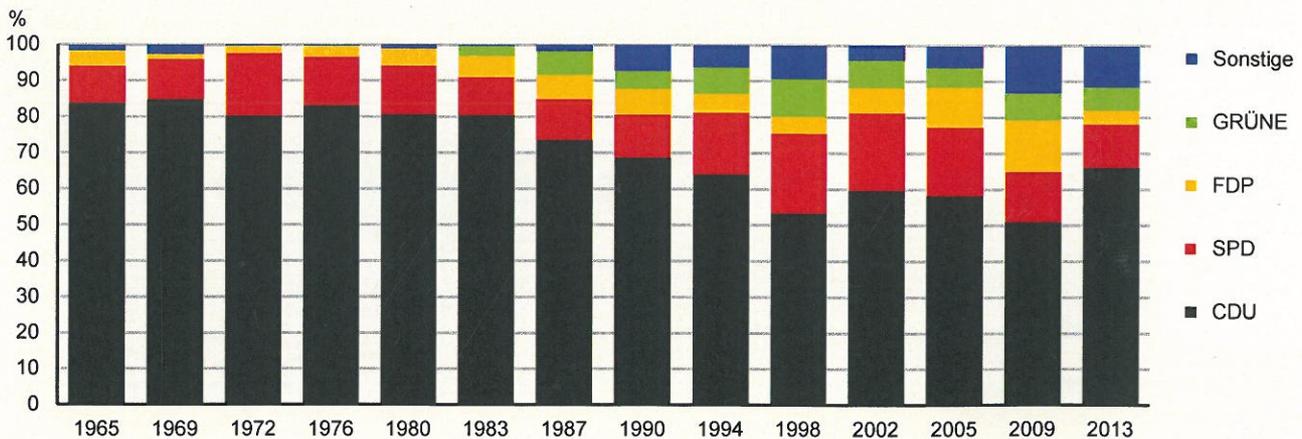
Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013 lag die CDU erneut an erster Stelle in Baden-Württemberg. Gegenüber 2009 erreichte sie ein deutliches Plus von 11,3 %-Punkten und erhielt 45,7 % der gültigen Zweitstimmen. Die SPD konnte mit Gewinnen von 1,3 %-Punkten die 20 %-Marke wieder knapp überspringen. Nachdem die FDP 2009 ihr bislang bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl verbuchen konnte, musste sie nun zweistellige Zweitstimmenverluste (- 12,6 %-Punkte) hinnehmen. Die GRÜNEN verzeichneten ebenfalls Stimmenverluste (- 2,9 %-Punkte). Die erstmals angetretene AfD erzielte 5,2 % der gültigen Zweitstimmen und übersprang damit auf Anhieb die Fünfprozenthürde. Mit 74,3 % lag die Wahlbeteiligung im Land um 1,9 %-Punkte höher als 2009 (72,4 %).

Bei der Europawahl 2014 haben lediglich 52 % der wahlberechtigten Baden-Württemberger ihre Stimme abgegeben. Zu den Gewinnern zählt neben der SPD vor allem die Alternative für Deutschland (AfD). Die SPD kommt auf 23,0 %, die erstmals bei einer Europawahl angetretene AfD schafft es in Baden-Württemberg auf 7,9 %. Die Union ist die mit Abstand stärkste Kraft mit 39,3 %, die LINKE erreicht 3,6 %. Die GRÜNEN verlieren leicht und stehen auf 13,2 %. Hart trifft es die FDP, die zweistellig verliert: 4,1 % im Vergleich zu 14,1 % 2009. Alle weiteren Parteien schaffen es im Land auf 8,9 %. Insgesamt elf Abgeordnete aus Baden-Württemberg ziehen ins Europa-Parlament ein.

Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige		
Landtagswahl 2011	mit	2 112	1 474	69,8	56,9	16,6	15,3	3,5	7,7		
Landtagswahl 2006	mit	2 076	1 253	60,4	57,2	11,1	17,5	6,1	8,0		
Veränderung		+ 36	+ 221	+ 9,4	- 0,3	+ 5,5	- 2,2	- 2,6	- 0,3		
Bundestagswahl 2013	mit	2 165	1 759	81,2	64,5	12,9	6,9	4,0	11,8		
Bundestagswahl 2009	mit	2 108	1 597	75,8	49,9	14,1	8,0	14,8	13,2		
Veränderung		+ 57	+ 162	+ 5,4	+ 14,6	- 1,2	- 1,1	- 10,8	- 1,4		
Europawahl 2014	mit	2 177	1 333	61,2	62,7	13,2	7,8	2,5	13,8		
Europawahl 2009	mit	2 094	1 314	62,8	59,0	9,8	7,7	11,6	12,0		
Veränderung		+ 83	+ 19	- 1,6	+ 3,7	+ 3,4	+ 0,1	- 9,1	+ 1,8		

Zweitstimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen (ohne Briefwähler)



Gemeinderatswahlen

Am 25. Mai 2014 fanden in den 1 101 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs Gemeinderatswahlen statt. Erstmals konnten auch 16- und 17-Jährige ihre Stimmen abgeben. Traditionell spielen bei Gemeinderatswahlen Wählervereinigungen eine wichtige Rolle. Sie decken ein breites Spektrum politischer Gruppierungen ab, wie zum Beispiel Freie Wähler, Frauenlisten, grüne und alternative Listen.

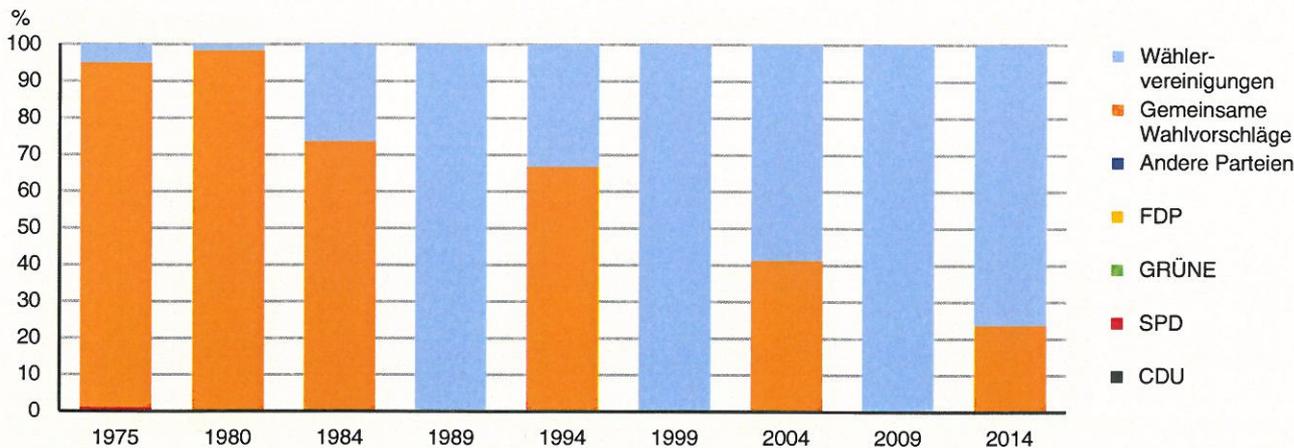
Bei den Gemeinderatswahlen 2014 behaupteten die Wählervereinigungen mit 37,9 % der gleichwertigen Stimmen ihre Position als stärkste Kraft in den Rathäusern des Landes. Die CDU lag mit 27,9 % der Stimmen an zweiter Stelle in der Wählergunst (- 0,2 %-Punkte). Einen neuen Tiefstand erreichte die SPD mit einem Stimmenanteil von 16,4 % (- 0,4 %-Punkte). Auch die FDP hatte einen Stimmenrückgang von - 1,8 %-Punkten zu verbuchen und kam auf 2,8 % der Stimmen. Die GRÜNEN legten hingegen um 1,1 %-Punkte zu und erzielten mit 8,5 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis seit den Gemeinderatswahlen 1975.

Das Interesse der Bürger an den Gemeinderatswahlen hat im Zeitverlauf deutlich nachgelassen. Die Wahlbeteiligung sank 2014 erneut und erreichte noch 49,1 % (- 1,6 %-Punkte). Damit fiel die Beteiligungsquote auf den niedrigsten Stand seit der Gemeindereform 1975.

Wahlergebnisse

Wahl	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Sitzverteilung									
				Mehrheitswahl ¹⁾	Verhältnismahl ²⁾	davon							Wählervereinigungen ⁵⁾
						CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Andere Parteien ³⁾	Gem. Wahlvorschläge ⁴⁾		
Anzahl	% bzw. %-Punkte	Anzahl											
2014	2 261	1 365	60,4	-	15	-	-	-	-	-	4	11	
2009	2 106	1 328	63,1	-	13	-	-	-	-	-	-	13	
2004	2 047	1 405	68,6	-	14	-	-	-	-	-	6	8	
1999	1 971	1 340	68,0	-	17	-	-	-	-	-	-	17	
Veränderung													
2014 zu 2009	+ 155	+ 37	- 2,7	-	2	-	-	-	-	-	+ 4	- 2	
2009 zu 2004	+ 59	- 77	- 5,5	-	- 1	-	-	-	-	-	- 6	+ 5	
2004 zu 1999	+ 76	+ 65	+ 0,6	-	- 3	-	-	-	-	-	+ 6	- 9	

Stimmenanteile der Parteien und Wählervereinigungen bei Verhältniswahl



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2013 Baugenehmigungen für rund 33 100 Wohnungen in knapp 15 400 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden um fast 5 % oder annähernd 1 500 mehr Wohnungen genehmigt als 2012. Die Zahl der Baugenehmigungen stieg damit das fünfte Jahr in Folge. Für diesen Zuwachs war vor allem die Genehmigungsentwicklung bei den Zwei- und Mehrfamilienhäusern verantwortlich. Dagegen ist die Nachfrage nach Einfamilienhäusern erneut zurückgegangen.

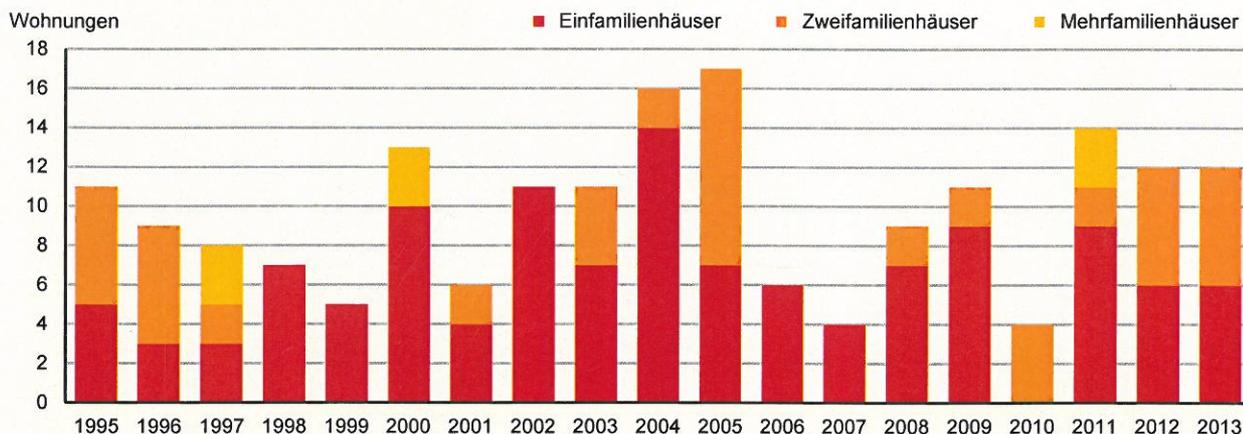
Bei den Baufertigstellungen war 2012 ein besonders starkes Jahr. In knapp 15 000 Gebäuden wurden 2012 rund 30 000 Wohnungen fertiggestellt. Das waren über 5 000 Wohnungen mehr als 2011 und über 1 100 mehr als 2013. Der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug im Jahr 2013 77 %. 11 % der Gebäude waren Zweifamilienhäuser und 12 % Mehrfamilienhäuser. Der Trend zu größeren Neubauwohnungen setzt sich nur bei Einfamilienhäusern fort.

Die durchschnittliche Wohnfläche in fertiggestellten Einfamilienhäusern 2013 betrug 156 m² und lag damit 1 m² über 2012. Bei Zweifamilienhäusern stagnierte die Wohnfläche (110 m²); in Mehrfamilienhäusern stieg sie nach geringem Rückgang 2012 (- 2 m²) wieder leicht auf rund 89 m² im Jahr 2013 an.

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude

Jahr	Baugenehmigungen			Baufertigstellungen						
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam.-häuser	Zweifam.-häuser	Mehrfam.-häuser		Einfam.-häuser	Zweifam.-häuser	Mehrfam.-häuser
	Anzahl			%			Anzahl	100 m ²		
2005	7	8	12	58	42	-	17	10	10	-
2006	5	5	6	100	-	-	6	8	-	-
2007	5	6	4	100	-	-	4	6	-	-
2008	8	9	8	88	13	-	9	11	3	-
2009	9	12	10	90	10	-	11	14	2	-
2010	7	12	2	-	100	-	4	-	6	-
2011	9	10	11	82	9	9	14	13	3	3
2012	15	19	9	67	33	-	12	9	7	-
2013	15	22	9	67	33	-	12	8	6	-

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*)



Wohnen

Ende 2013 gab es in Baden-Württemberg über 5 123 000 Wohnungen (einschließlich Wohnheimen). Etwa 96 % der Wohnungen befanden sich in knapp 2 358 000 Wohngebäuden. Mit 61 % waren Einfamilienhäuser der häufigste Wohngebäudetyp. Ihr Anteil ist seit 1968 von 42 % kontinuierlich angestiegen. Rückläufig ist dagegen der Anteil von Zweifamilienhäusern, er ist landesweit von 27 % im Jahr 1968 auf 21 % im Jahr 2013 zurückgegangen. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser stieg im selben Zeitraum leicht von 17 auf 18 %. Fast die Hälfte (49 %) der Wohnungen in Wohngebäuden befanden sich 2013 in Mehrfamilienhäusern.

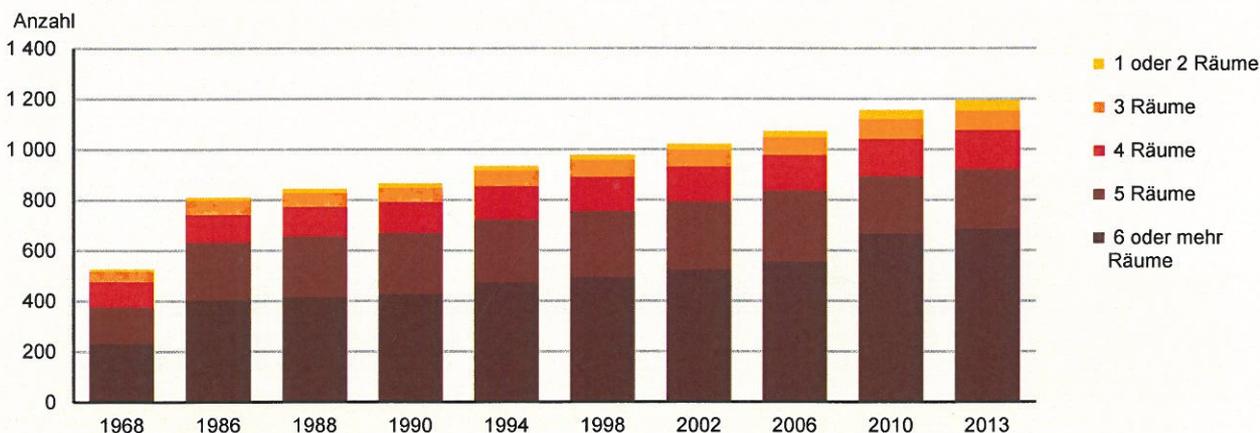
Der höchste Anteil an Einfamilienhäusern findet sich in ländlich geprägten Regionen. Mit gut 92 % war dieser in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen im Zollernalbkreis am höchsten. Den niedrigsten Anteil an Einfamilienhäusern hat mit 32 % die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis).

Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im Bestand stieg im Jahr 2013 erneut an und erreichte 95,8 m². Im Vergleich zu 2003 bedeutet dies eine Zunahme um 5 m². Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 5,3 m². Jedem Einwohner standen 2013 damit rein rechnerisch 46,2 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner m ²
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	476	277	58	30	6	3	1	527	348	28
1986	631	524	83	93	15	14	2	810	295	38
1988	652	534	82	102	16	16	2	844	293	39
1990	667	544	82	107	16	16	2	864	295	38
1994	720	580	81	123	17	17	2	935	280	41
1998	746	593	79	133	18	20	3	980	267	43
2002	779	622	80	135	17	22	3	1 021	262	44
2006	822	654	80	145	18	23	3	1 072	246	48
2010	849	664	78	153	18	32	4	1 157	227	54
2013	878	685	78	160	18	33	4	1 194	230	53

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Bildung

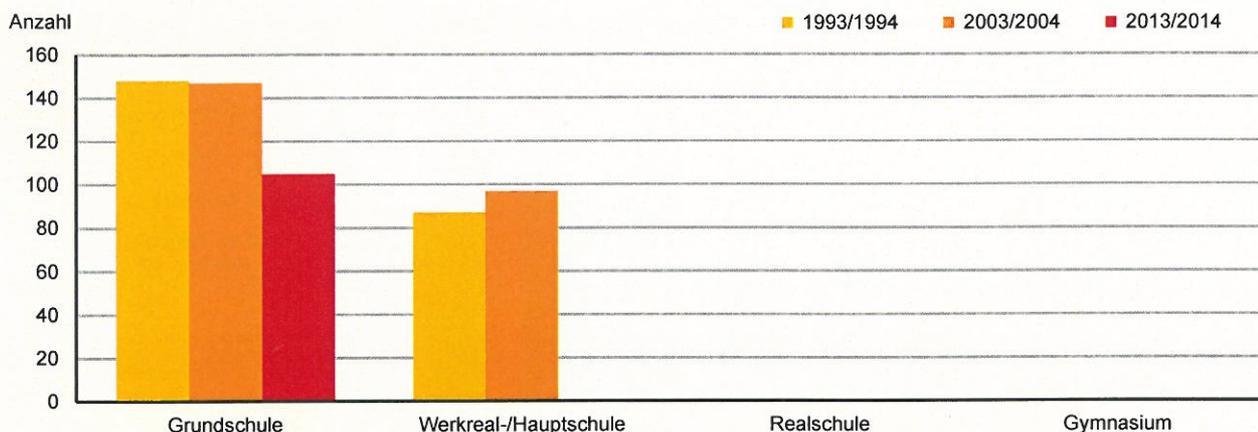
Im Schuljahr 2003/04 erreichte die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen mit rund 1,3 Mill. den höchsten Stand seit Anfang der 1980er-Jahre (knapp 1,4 Mill.). Seither sind die Schülerzahlen aufgrund kleiner werdender Schulanfängerjahrgänge und der Einführung des 8-jährigen Gymnasiums bis zum Schuljahr 2013/14 insgesamt um gut 12 % auf 1,14 Mill. zurückgegangen. Bis zum Jahr 2020 dürfte die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf 1,08 Millionen absinken.

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in Bewegung: Während der Rückgang der Schülerzahlen von 1980/81 auf 2013/14 an den Realschulen und an den Gymnasien mit jeweils gut 6 % noch vergleichsweise moderat verlief, hat sich die Schülerzahl an den Werkreal-/Hauptschulen im selben Zeitraum halbiert. Zum Schuljahr 2012/13 wurde zudem die Gemeinschaftsschule eingeführt und im Schuljahr 2013/14 auf 131 Einrichtungen mit rund 8 600 Schülerinnen und Schülern erweitert; die Grundschulempfehlung zum Übergang auf weiterführende Schulen ist seit 2012 nicht mehr verbindlich und seit dem Schuljahr 2012/13 wird der G9-Zug an mittlerweile 44 öffentlichen und einigen privaten Pilot Schulen als Schulversuch wieder angeboten.

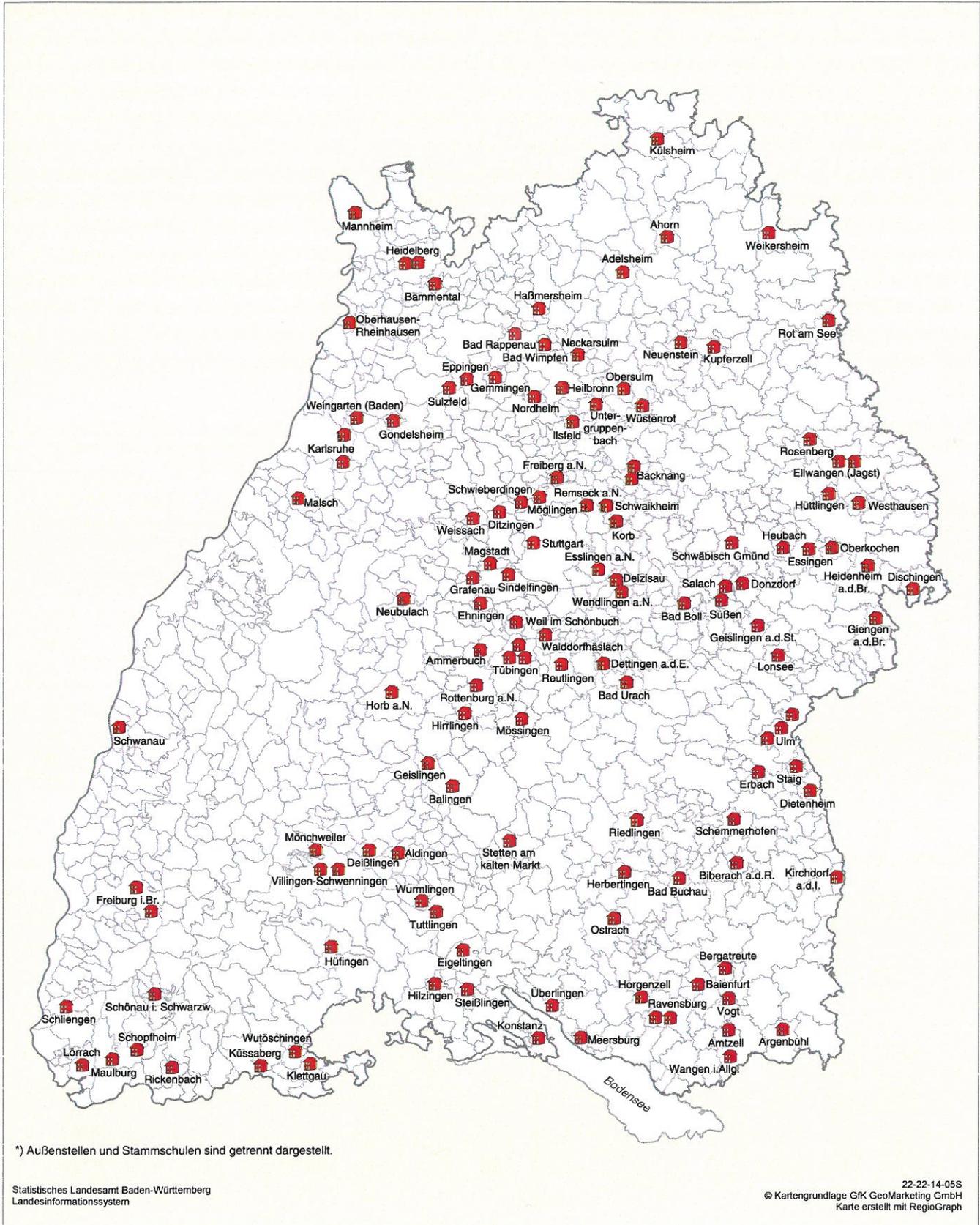
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2013/2014

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
	Schulen ¹⁾	Schüler	Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2003/2004	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
	Anzahl		%		Anzahl			
Grundschulen ³⁾	1	105	105	44	4	18	147	18
Werkreal-/Hauptschulen	-	-	-	-	-	-	97	19
Sonderschulen	-	-	-	.	.	-	-	-
Realschulen	-	-	-	-	-	-	-	-
Gymnasien	-	-	-	.	.	-	-	-
Gemeinschaftsschulen – Sek. I	-	-	-	-	-	-	X	X
Freie Waldorfschulen	-
Insgesamt⁴⁾	1	105	105	.	.	X	244	X

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Öffentliche und private Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg 2013/14*)



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

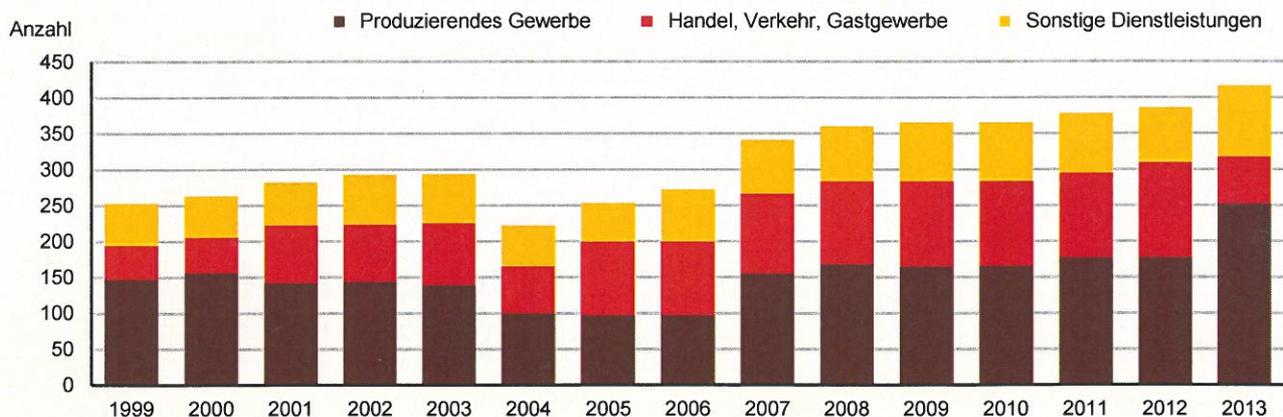
Zur Jahresmitte 2013 waren in Baden-Württemberg gut 4,17 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, knapp 1,9 Mill. Frauen und rund 2,3 Mill. Männer. Insgesamt waren dies gut 400 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder 11 % mehr als 10 Jahre zuvor. 557 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten 2013 eine akademische Ausbildung, das waren gut 198 000 oder 55 % mehr als noch vor 10 Jahren. Gemessen an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die eine Angabe zur Berufsausbildung vorliegt, erhöhte sich die Akademiquote seit dem Jahr 2003 von 10,5 auf aktuell 15,4 %.

In den letzten 10 Jahren hat sich der wirtschaftliche Strukturwandel weiter fortgesetzt. Zwischen 2003 und 2013 erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich von 57 auf 63 % (+ 490 000 Beschäftigte bzw. + 23 %) während der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe von 43 auf 37 % zurückging (- 60 000 Beschäftigte bzw. - 4 %). Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg hatte der Südwesten im Jahresdurchschnitt 2013 mit 4,1 % nach Bayern mit 3,8 % bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Im Durchschnitt waren knapp 234 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 11 700 mehr als ein Jahr zuvor.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 55 Jahre und älter	
									Anzahl	%
1999	256	97	35	57	19	23
2001	287	108	30	49	28	21	46	41	9	35
2003	297	111	32	47	29	23	51	41	12	20
2005	323	120	29	30	32	16	52	44	19	15
2007	355	135	33	44	32	21	25	56	16	12
2009	371	141	32	44	32	22	36	47	17	22
2011	382	141	31	46	31	22	21	57	19	24
2012	390	142	32	45	34	19	26	54	19	23
2013	421	154	33	60	16	23	38	58	16	26

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen



Landwirtschaft

Nach der letzten großen Landwirtschaftszählung 2010 fand im Jahr 2013 eine repräsentative Erhebung zur Agrarstruktur statt. Damit liegen auf Landesebene neue hochgerechnete Ergebnisse zu wichtigen Strukturdaten vor. Angaben für Kreise oder Gemeinden sind aus dieser Erhebung nicht verfügbar, hier sind die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 weiterhin aktuell.

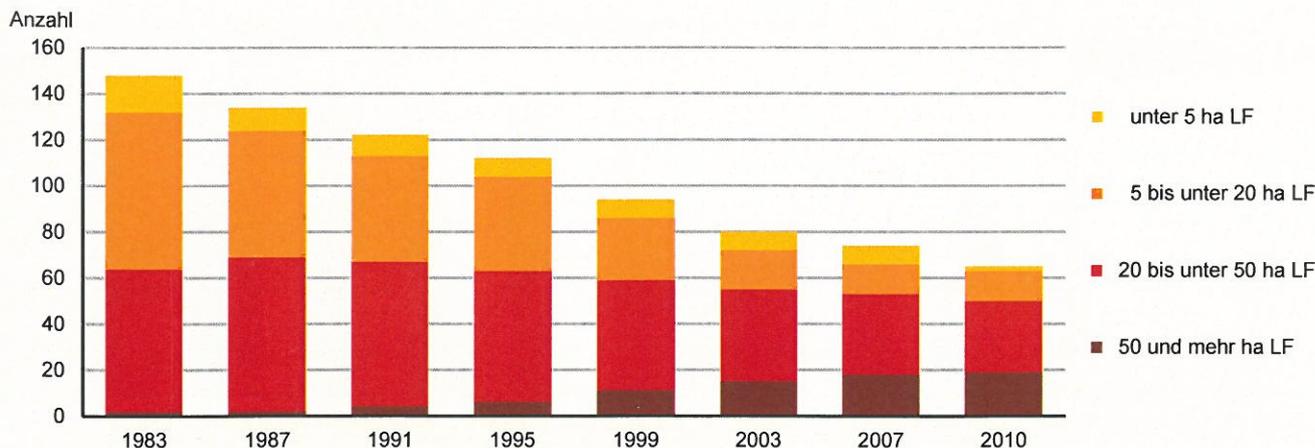
Im Jahr 2013 gab es in Baden-Württemberg noch 42 400 landwirtschaftliche Betriebe. Die Zahl der Betriebe hat binnen drei Jahren um etwa 2 000 abgenommen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) lag mit 1,422 Mill. ha leicht über 2010. Die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich weiter und erreichte 2013 mit knapp 34 ha LF einen neuen Höchstwert. Den größten Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche nimmt das Ackerland (59 %) ein, 38 % das Dauergrünland und 3 % die sonstigen Flächen, meist Dauerkulturen wie Obst oder Reben. Auf etwas mehr als der Hälfte des Ackerlandes wurde Weizen (834 200 ha) sowie Körner- und Silomais (194 900 ha) angebaut. Sie waren damit die flächenmäßig bedeutsamsten Früchte im Land.

Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe mit Viehhaltung wie auch die in ihnen gehaltenen Tierbestände haben in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Das gilt vor allem für das Großvieh wie Rinder, Schweine und Pferde: Der Bestand an Rindern hat sich im Vergleich zu 2010 um etwa 3 % verringert, der an Schweinen sogar um 9 %.

Landwirtschaftliche Strukturdaten*)

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl		ha	%			ha	Anzahl				
1983	148	106	2 876	58	41	–	19	6 538	49	2 301	20
1987	134	96	2 890	59	41	–	22	6 699	56	2 323	24
1991	122	86	2 874	59	40	–	24	6 658	61	2 191	31
1995	112	69	2 813	59	40	–	25	5 950	62	3 194	56
1999	94	57	2 815	61	39	–	30	5 608	73	3 759	114
2003	80	47	2 745	61	39	–	34	4 742	76	3 180	122
2007	74	44	2 628	61	39	–	36	4 592	85	3 766	222
2010	65	37	2 572	61	38	–	40	4 440	87	3 177	265

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die Einnahmen lagen 2013 mit 26 Mrd. Euro um 0,7 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 2,7 %). Gegenüber 2012 stiegen die Steuereinnahmen um 1,7 % auf 12 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) ging um 2,8 % zurück und beträgt nun 5 Mrd. Euro. Die Ausgaben der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2012 um 2,4 Mrd. auf 25,6 Mrd. Euro.

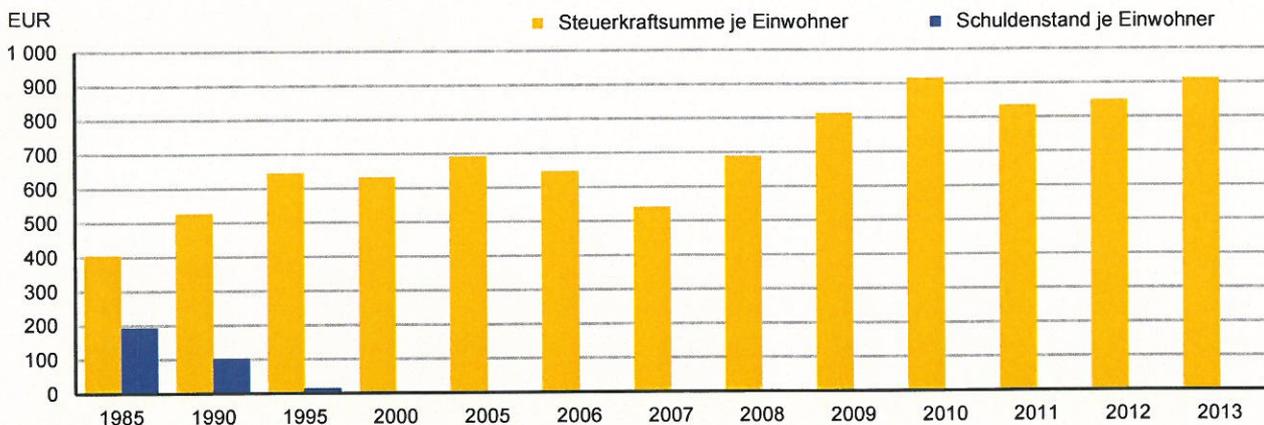
Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2013 insgesamt rund 12,3 Mrd. Euro, wovon 5 Mrd. von den Kernhaushalten und 7,3 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,1 Mrd. Euro bzw. 0,7 % reduziert. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 162 Euro.

Am 30. Juni 2013 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 214 980 Personen, darunter 162 439 bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 141 663 Personen beschäftigt, bei den Eigenbetrieben 14 589 und in Krankenhäusern 6 187. Der Großteil der Beschäftigten im Kernhaushalt der Gemeinden (38 581 Personen oder 27,2 %) waren im Bereich Soziale Sicherung tätig.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	690	303	813	348	128	55	12	.
1985	941	405	460	194	114	48	17	.
1990	1 317	527	260	103	155	61	20	.
1995	1 700	645	41	15	332	126	19	.
2000	1 672	633	0	0	229	86	17	15
2005	1 853	692	0	0	247	92	15	13
2010	2 416	916	0	0	236	89	22	19
2011	2 198	835	0	0	501	185	22	19
2012	2 236	850	0	0	358	131	21	19
2013	2 436	911	0	0	486	178	31	26

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

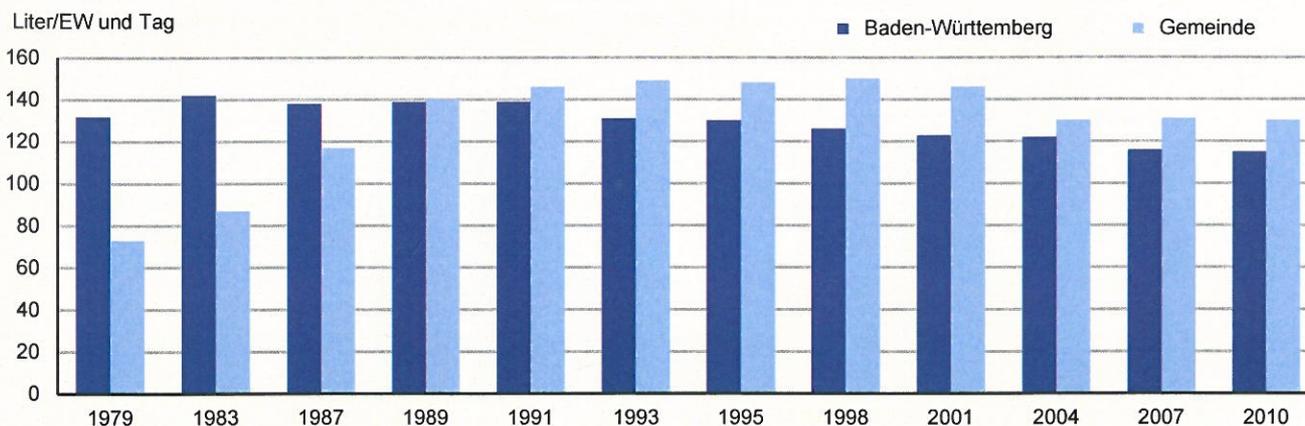
In Baden-Württemberg wurden 2010 insgesamt rund 4,6 Mrd. m³ Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser gewonnen. Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2010 rund 560 Mill. m³. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit nur noch leicht auf 115 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung wassersparender Technologien.

Durchschnittlich 2,01 Euro müssen die Baden-Württemberger für einen Kubikmeter Trinkwasser (Stand: 1. Januar 2013) bezahlen. Der Preis für ein Kubikmeter Abwasser liegt 2013 in Städten und Gemeinden mit einer Einheitsgebühr bei durchschnittlich 2,79 Euro, in Städten und Gemeinden mit einer gesplitteten Abwassergebühr bei durchschnittlich 1,90 Euro je m³ Schmutzwasser und 0,45 Euro je m² versiegelter Fläche für Niederschlagswasser. Durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim vom 11. März 2010 müssen nun alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihr Gebührensystem auf eine gesplittete Abwassergebühr umstellen. Bis Anfang 2013 konnte diese Vorgabe von 1 034 der 1 101 Gemeinden umgesetzt werden.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ¹⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher				Trinkwasserpreis	Abwasser		
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe		täglicher Pro-Kopf-Verbrauch		Einheitsgebühr	Schmutzwasserentgelt	Niederschlagswasserentgelt
				1 000 m ³	%					
1979	383	27	137	61	45	73	0,36	0,51	-	-
1987	403	41	155	104	67	117	0,34	0,77	-	-
1995	2 006	16	193	142	74	148	0,89	2,04	-	-
1998	1 957	44	194	143	74	150	0,93	2,40	-	-
2001	1 884	2	193	142	74	146	0,93	2,40	-	-
2004	1 803	20	172	127	74	130	0,98	2,78	-	-
2007	1 922	2	173	126	73	131	0,98	2,78	-	-
2010	1 904	26	167	125	75	130	0,98	-	2,40	0,27
2013	0,98	-	2,40	0,27

Trinkwasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher



Verkehr

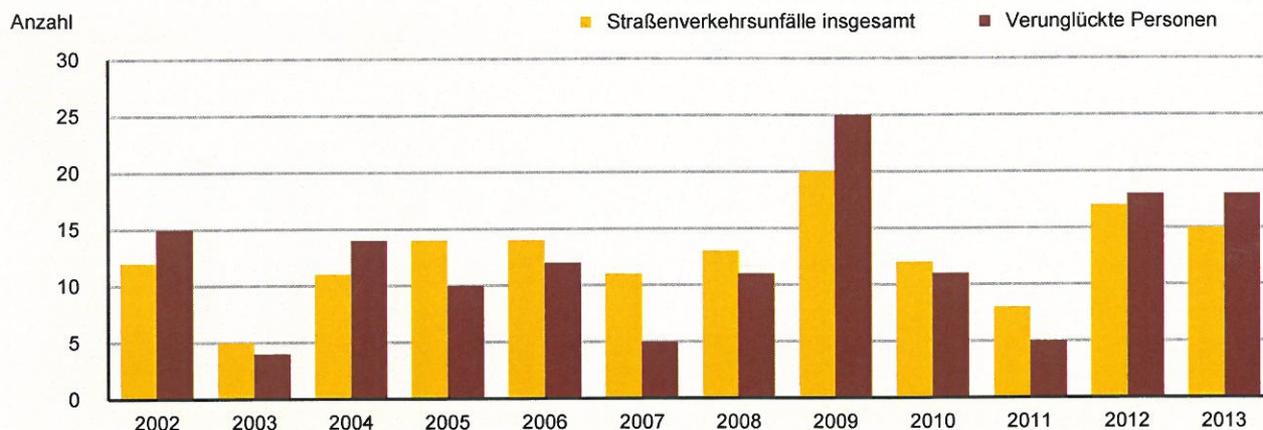
Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden-Württemberg wächst kontinuierlich. 2013 waren knapp 7,3 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) zugelassen, darunter fast 6 Mill. Pkw. Inzwischen sind mehr als die Hälfte des Pkw-Bestandes gemäß den Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, wobei seit 2000 das Interesse an Diesel-Pkw steigt. Nach wie vor erhöht sich der Motorisierungsgrad der Bevölkerung. Kamen 2008 noch landesweit 524 Pkw auf 1 000 Baden-Württemberger, waren es 2013 schon 555. Zum Vergleich: In Deutschland lag dieser Wert bei 539 Kraftwagen. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw sind zum Teil erheblich. Faktoren wie die örtliche Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder auch siedlungsstrukturelle Aspekte beeinflussen die Höhe der Pkw-Dichte maßgeblich. In den Universitätsstädten Heidelberg und Freiburg ist diese mit 376 bzw. 380 Pkw je Einwohner am niedrigsten.

Mit rund 35 000 Personen verunglückten 2013 fast 2 % weniger Menschen bei Verkehrsunfällen als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer sank – das siebte Jahr in Folge – auf 465. Die Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden bzw. schwerem Sachschaden verringerte sich um 1 % auf 51 000.

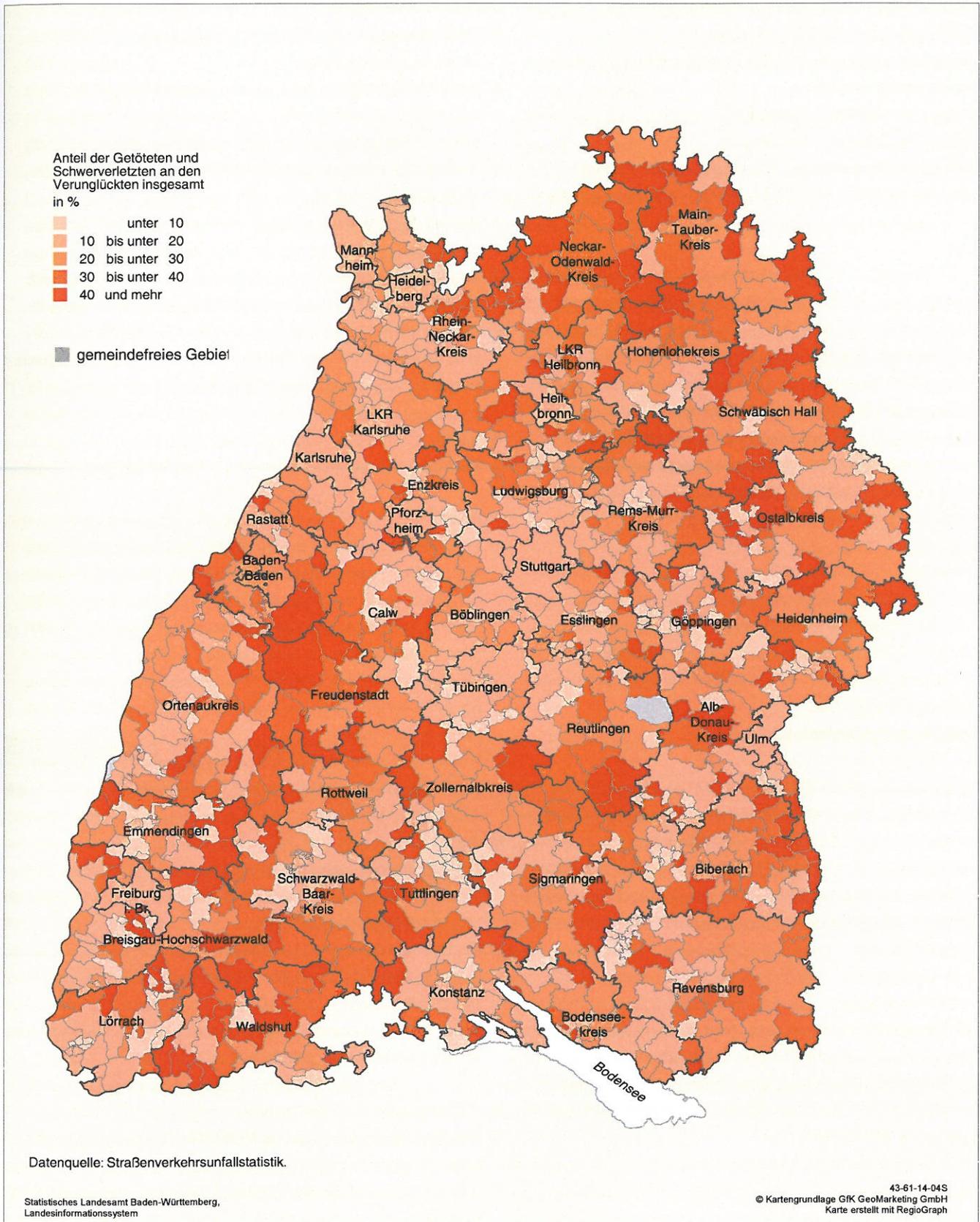
Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ¹⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
Anzahl									
1991	1 761	1 268	125	494	21	13	20	–	5
1995	2 041	1 429	174	540	11	9	18	–	7
1999	2 142	1 462	184	553	12	9	16	1	3
2003	2 374	1 629	204	610	5	4	4	–	2
2007	2 479	1 720	226	653	11	5	5	–	1
2009	2 354	1 614	209	607	20	13	25	–	3
2010	2 383	1 633	213	615	12	8	11	–	3
2011	2 428	1 658	220	630	8	5	5	–	2
2012	2 468	1 687	221	620	17	15	18	1	7
2013	2 535	1 734	234	628	15	11	18	–	9

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2013



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote 1).
- 5) Siehe unter „Beschäftigte und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 6) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Fläche

- 1) Das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) löste 2013 das ALB als Datengrundlage für die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung ab. Aufgrund der Umstellungsarbeiten erfolgten die Datenlieferungen für die 3 380 Gemarkungen zu unterschiedlichen Bezugszeitpunkten, schwerpunktmäßig jedoch im August 2014. Die Darstellung zum Stichtag 31.12.2013 ist damit nicht möglich. Erst mit der nächsten turnusmäßigen Datenlieferung aus ALKIS mit Stand 31.12.2014 liegen wieder voll mit den Vorjahren vergleichbare Zahlen vor.

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.
- **) Veränderungsrate 2011 einschließlich Zensus-Korrekturen.
- 1) Vorläufige Ergebnisse.
 - 2) Endgültige Ergebnisse.

Bevölkerungsvorausrechnung

- *) Datenquelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen Basis 2012, Hauptvariante.
- **) Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis Volkszählung 1987, 2011 und 2012 auf Basis Zensus 2011, ab 2013 regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung.

Parlamentswahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.

Gemeinderatswahlen

- 1) Mehrheitswahl findet statt, wenn kein oder nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde.
- 2) Verhältniswahl findet statt, wenn mehrere Wahlvorschläge eingereicht wurden. Bei der Gemeinderatswahl 2014 fand in 1 027 von insgesamt 1 101 Gemeinden Verhältniswahl statt.
- 3) Andere Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge mehrerer Parteien.
- 4) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien mit Wählervereinigungen.
- 5) Wählervereinigungen: alle politischen Gruppierungen, die nicht Parteien sind. Es handelt sich dabei um Wählergruppierungen unterschiedlicher kommunalpolitischer Richtungen, zum Beispiel die Freien Wähler, grüne Listen, Frauenlisten, linksorientierte Listen, Einzelbewerber.

Bauen

- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres; 1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987; 2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.
- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Bildung

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitt.

1) Wirtschaftsgliederung:

1999 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993);

2003 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003);

ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

Landwirtschaft

*) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebungen und Landwirtschaftszählungen. Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind diese Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Gemeindefinanzen und Personal

*) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.

2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich

selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapiersschulden, Kassenkredite).

Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.

Wasserwirtschaft

1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.

Verkehr

*) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres.

Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.

Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.

1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.

2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen**Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige**

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des §8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssy-

stematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst. Die Bundesagentur für Arbeit hat rückwirkend ab 1999 im Rahmen einer umfassenden Revision der Beschäftigungsstatistik die Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten revidiert. Der Datenabgriff wurde präzisiert sowie die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überprüft und um neue Personengruppen erweitert. Daher können die Daten in der aktuellen Ausgabe von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere

Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bevölkerungsvorausrechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31.12.2012 auf Basis Zensus 2011. Der Vorausrechnungszeitraum erstreckt sich bis 2030. Den Berechnungen liegen u.a. eine Konstanz des derzeitigen Geburtenniveaus bei gleichzeitiger Erhöhung des Durchschnittsalters der Frauen bei der Geburt, ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung um circa 2 Jahre sowie ein Wanderungsgewinn von landesweit insgesamt rund 600 000 Personen bis zum Vorausrechnungsjahr 2030 zugrunde.

Für die regionale Entwicklung der Geburten und Sterbefälle wurde davon ausgegangen, dass die Verhältnisse der Jahre 2011/2012 weiterhin gelten.

Hinsichtlich der regionalen Wanderungen sind diese Jahre aber von Besonderheiten geprägt (Aussetzung der Wehrpflicht, doppelter Abiturjahrgang). Für das erste Vorausrechnungsjahr, also das Jahr 2013, wurde die Fortsetzung der Verhältnisse auf der Basis der Jahre 2011/2012 angenommen. In den folgenden Vorausrechnungsjahren wurde dagegen auf die Jahre 2006 bis 2010 zurückgegriffen, die von diesen Sondereffekten noch nicht berührt waren.

Die Annahmen zu den Wanderungen sind bei einer Vorausrechnung immer am schwierigsten zu bestimmen. Sie unterliegen komplexen Einflüssen wie z.B. der wirtschaftlichen Entwicklung, politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Trends, Krisen in anderen Ländern. Die Wanderungen schwanken selbst auf Landesebene erheblich und je kleinräumiger die Betrachtung ist, umso mehr.

Neben der Hauptvariante der regionalen Vorausrechnung wurden weitere Varianten gerechnet. Diese unterscheiden sich von der Hauptvariante zum einen in den Wanderungsannahmen, zum anderen in den Annahmen zur Entwicklung innerhalb der für die regionale Vorausrechnung gebildeten Gemeindetypen (Cluster). Aus den Ergebnissen dieser Kombinationen ergibt sich dann der Entwicklungskorridor der Gemeinden dadurch, dass je Gemeinde die aus den unterschiedlichen Rechenvarianten resultierende schlechteste und bestmögliche Entwicklung herausgelöst wurde. Diese Ergebnisse stehen nur als Insgesamt-Werte für Gemeinden zur Verfügung. Sie sind nicht für höhere Gebietseinheiten aggregierbar.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Gemeinderatswahlen

Für die Kommunalwahlen 2014 traten einige Veränderungen in Kraft, die aus der vom Landtag am 11. April 2013 beschlossenen Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Kommunalwahlgesetzes (Baden-Württemberg) resultierten:

- Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht wurde von 18 auf 16 Jahre gesenkt, dabei blieb das Mindestalter für das passive Wahlrecht von 18 Jahren unverändert.
- Das bislang angewandte D'Hondt-Verfahren, das große Parteien begünstigt, wurde als Sitzzuteilungsverfahren durch das Sainte-Laguë-Verfahren abgelöst, das bereits seit 2011 für die baden-württembergischen Landtagswahlen angewandt wird.
- Kreistagskandidaten dürfen nicht mehr in zwei Wahlkreisen antreten.
- Der neu gefasste § 9 Abs. 6 des Kommunalwahlgesetzes lautet: „Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags.“

Gleichwertige Stimmen

Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da die Stimmenzahl, die der Wähler zur Verfügung hat, von der Anzahl der zu wählenden Personen abhängig ist. Diese Anzahl ist wiederum abhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinde. Um die Ergebnisse

der Gemeinden vergleichbar zu machen, werden sogenannte »gleichwertige Stimmen« berechnet. Dazu wird in jeder Gemeinde/ in jedem Wahlkreis die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Kandidaten der Gemeinde/ des Wahlkreises dividiert.

Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule, arbeitet in Lerngruppen, Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

Haupterwerbsbetriebe, landwirtschaftlich

Zu den Haupterwerbsbetrieben zählen Betriebe, in denen das Einkommen des Betriebsinhabers (und ggf. seines Ehegatten) aus betrieblichen Quellen höher ist als das Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen. Das Gegenstück ist der Nebenerwerbsbetrieb. Die Typisierung in Haupt- und Nebenerwerb erfolgt nur für Betriebe in der Rechtsform eines Einzelunternehmens. Von 1997 bis 2007 bildeten die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach galten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Niederschlagswasserentgelt

Das Entgelt wird für die Beseitigung von Regenwasser erhoben. Die anfallenden Kosten werden entweder auf den m³ Frischwasser bezogen und sind dann im Abwasserpreis enthalten oder sie werden als Niederschlagswassergebühr flächenbezogen (z.B. je m² versiegelter Fläche) in EUR je m² erhoben (gesplittete Gebühr). Grundstücke mit stark versiegelten Flächen, die viel Regenwasser in die öffentliche Abwasserkanalisation einleiten, werden dadurch stärker an den dafür anfallenden Kosten der Abwasserbeseitigung beteiligt.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schmutzwasserentgelt

Hier werden die Kosten für die Einleitung von Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation und die Beseitigung von

verschmutztem Wasser dargestellt. Das Schmutzwasserentgelt wird in EUR je m³ Frischwasser berechnet. Da in Baden-Württemberg die Abwasserbeseitigung noch vollständig in kommunaler Hand liegt, wird dafür keine Mehrwertsteuer erhoben.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst - oder deren Fahrzeuge - Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie

stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \cdot T1\text{-Beschäftigte} + 0,4 \cdot T2\text{-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr m² Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-2440
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-2833, Telefax -2973

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde.
Telefon 0711/641-2876, Telefax -2973

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-2451, Telefax -2940

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-2866, Telefax 641-134062

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40

poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de